

Fraktion **Bündnis 90 / Die Grünen** im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2005 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Jahre kommen und gehen, die finanziellen Rahmenbedingungen für den Bund, die Länder und die Kommunen werden von Jahr zu Jahr schlechter. Nur nicht in Walldorf, hier sind sie seit Jahren, ja eigentlich seit Jahrzehnten, hervorragend.

„ Entgegen dem Gesetz der Erdschwere, trägt sich der volle Rucksack leichter als der Leere.“

Man legt dem Gemeinderat ja immer auf, hier nicht so auf den Putz zu hauen, die positive Lage nicht so oft zu erwähnen, aber meine Damen und Herren, wenn von Verwaltungsseite und anderen Fraktionen und anderen Gemeinderäten immer wieder die Aussage bedient wird, wir müssen dies und das auch mit hohen Kosten jetzt realisieren, wann, wenn nicht jetzt, dann sollten wir hier aufhören zu lamentieren und den Bürgerinnen und Bürgern vorzurechnen, dass von den mehr als 100 Millionen auf der Kante eigentlich nur ein Viertel ausgegeben werden kann. Das ist erstens falsch, weil es nur zutrifft, wenn die Steuereinnahmen ausbleiben und zweitens wird die Bevölkerung nicht ernst genommen, denn mit diesen Aussagen soll eben auch verhindert werden, dass Bedürfnisse geweckt werden. Wir von Bündnis 90/ Die Grünen haben nicht nur im vergangenen Wahlkampf darauf hingewiesen, dass sparsam sein auch in finanziell guten Zeiten notwendig ist. Wir werden dazu noch ausführlichere Angaben machen.

Lassen Sie uns dennoch vorweg kritische Äußerungen zur Strukturkrise beim Bund und den Ländern machen. Die Konzepte, die hier angegangen werden, sind in Berlin und in Stuttgart dilettantisch. Versucht man auf der einen Seite, mit Verlagerung der Kosten auf die Arbeitnehmer, die Lohnnebenkosten zu senken und mit Steuererleichterungen Firmen, Vermögende und Besserverdienende zu Investitionen zu verleiten, die aber nicht getätigt werden, Arbeitsplätze zu schaffen, die aber nicht eingerichtet werden. Auf der anderen Seite will man durch eine Verwaltungsstrukturreform Kosten sparen, Kosten die langfristig wieder von den Letzten und Schwächsten, den Kreisen und Kommunen zu tragen sein werden.

Hartz IV und andere „unsoziale“ um nicht zu sagen „asoziale“ Regelungen tun ein übriges um die Schere zwischen arm und reich immer weiter zu öffnen. Unter welcher Regierung der Nachkriegszeit fand schon einmal eine solch gewaltige Umverteilung von Lasten von oben nach unten und Vermögen von unten nach oben statt. Es ist bedauerlich und enttäuschend, dass unsere Partei, Bündnis 90/Die Grünen, diese Veränderungen entscheidend mitzuverantworten hat.

Nachdem wir unseren Unmut in Richtung nach oben kundgetan haben, wollen wir uns den Zahlen und Daten des HH-Planes 2005 der Stadt Walldorf zuwenden. Was steht denn drin in diesem Zahlenwerk und was vor allem ist wichtig. Das Haushaltsvolumen beträgt 115 Mio. Euro, die Zuführung zur Rücklage liegt bei 3,5 Mio. Euro und wir haben dann mehr als 104 Mio. Euro auf der sogenannten hohen Kante.

Diese Zahlen sind auch 2005 noch so imposant, weil die Bürger der Stadt Walldorf und Bündnis90/Die Grünen seit 2003 ein Projekt verhindert haben, dass in seiner Ausgestaltung, an seinem Standort und in den nachfolgenden Kostendimensionen durchaus den Hang von Größenwahn hat erkennen lassen.

Wir wollen noch einmal die historischen Abläufe erwähnen:

1999	Erste Kostenschätzung für die neue Halle	10 Millionen Euro
2000	Zweite Kostenschätzung	15 Millionen Euro
2001	Neue vorgetragene Kosten	18 Millionen Euro, ab diesem Zeitpunkt tragen die Grünen dieses Projekt nicht mehr mit
2001	Wettbewerb mit Auswahl der Preisträger	Kosten nun bei 21 Millionen Euro
2002	Kostenschätzung nach Überarbeitung der Planung	25,5 Millionen Euro
29.04.2003	Vorlage der Planung, mit der Umplanung Bau auf der Schwetzinger Strasse,	Kosten 27,6 Millionen Euro

ab **09.05. 2003** Unterschriftensammlung für einen Bürgerentscheid, innerhalb von drei Wochen mehr als 2200 Unterschriften für den Bürgerentscheid

24.06.2003 Einstimmiger Beschluss des Gemeinderates zur Durchführung eines Bürgerentscheids

14.09.2003 Bürgerentscheid, 60 % der Wahlberechtigten gegen die Halle, das erforderliche rechtliche Quorum nur um 60 Stimmen verfehlt

Herbst 2003 Verwaltung und Mehrheit des Gemeinderates vergeben Auftrag für kostspielige Bürgerbefragung um „genau“ die Wünsche der Bevölkerung zu hinterfragen. Konkret soll am alten Projekt festgehalten werden.

Anfang 2004 Bürgerbefragung

11. Mai 2004 Ergebnis der Bürgerbefragung, Wischi-Waschi-Ergebnis, denn jeder kann das für sich erhoffte Ergebnis aus der Umfrage herausziehen. Erneut wurde unnötig Steuermittel verschwendet.

13. Juni 2004 Bei der Kommunalwahl enormer Zuwachs für Bündnis 90/Die

Grünen, Steigerung von drei auf fünf Sitze, Hauptursache war das Hallenthema

Herbst 2004 Vorstellung der Neuplanung, einer stark abgespeckten Planung, des Projektes Sport- und Mehrzweckhalle.

Als Fazit kann festgehalten werden: Ein Riesenerfolg für die Bürger und Bündnis 90/ Die Grünen, schwerer Dämpfer für den Bürgermeister und die anderen Parteien im Gemeinderat. Die Kosten betragen nun nur noch ca. 18,6 Millionen Euro, der unmögliche Standort mitten auf der Schwetzingen Strasse wurde aufgegeben. Die Halle soll am geplanten Standort bei der Astoria-Halle gebaut werden. Und dies alles ohne wesentliche Einschränkungen an der Kubatur und den Grundrissen des geplanten Objektes, dies ist im Prinzip die größte Überraschung. Die Planung wurde auf vernünftige Weise reduziert und kostengünstigere Materialien und Varianten wurden einbezogen. Deshalb kann man von der alten Variante durchaus von einem Palazzo Prozzo sprechen. Geholfen hat sicher auch, dass im November 2005 Wahlen für das Amt des Bürgermeisters der Stadt Walldorf anstehen und wir gehen davon aus, dass der derzeitige Amtsinhaber nicht mit dieser negativen Hypothek des überbewerteten Prestigeobjekts und gegen die Mehrheit der Wähler seine Wiederwahl gefährden wollte.

Gezeigt hat dieser Kraftaufwand, der von der Bürgerinitiative und von Bündnis 90/die Grünen zu leisten war, die Mehrheit im Gemeinderat gewinnt nicht immer und wenn der Bürger was nicht will, stehen alle Planungen still. Insgesamt ist dies für uns ein Ansporn, sehr viel häufiger als bisher geschehen, die Meinung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Gefordert wird dies von uns häufig, leider von einer sich selbst bürgerfreundlich nennenden Verwaltung nicht beachtet, wie zuletzt bei der Entscheidung um die Errichtung einer Funkantenne auf dem Rathausdach.

Generationenstiftung

Die Diskussion über die nachhaltige Sicherung des derzeitigen Wohlstands für die nachfolgenden Generationen war schon immer ein wichtiger Punkt auf unserer Agenda. Durch unser Beharren auf diese Punkte hat der Gemeinderat letztlich beschlossen eine Instandhaltungs-, Modernisierung und Erneuerungs-Rücklage zu bilden. Diese Rücklage ist aber nur ein kurzfristiger Erfolg, da sie haushaltsrechtlich nicht zu sichern, nicht festzuschreiben, ist. Denn das Haushaltsrecht gestattet jedem Gemeinderat über die finanziellen Angelegenheiten jederzeit ohne Einschränkungen zu entscheiden. Diese Rücklage und somit dieser Beschluss kann also von einem GR mit anderen Mehrheiten oder unter anderen Sachzwängen jederzeit gekippt werden.

Bei den Haushaltsberatungen haben wir deshalb den anderen Fraktionen den Vorschlag unterbreitet, eine Stiftung mit dem Namen Generationenstiftung zu gründen und diese Stiftung mit einem Stiftungskapital zu versehen, das es uns auf Dauer langfristig möglich machen soll, freiwillige Leistungen in den Bereichen

Soziales, Umwelt, Sport und Kultur zu finanzieren. Auch dann - und das ist der herausragende ideelle Hintergrund der Stiftung, wenn die Steuereinnahmen in Walldorf zurückgehen oder auf Grund gesetzlicher Regelungen in einer Weise geändert werden, dass Mindereinnahmen zu erwarten sind.

An diesem Punkt möchten wir unseren Dank an die anderen Fraktionen des Gemeinderates aussprechen, dass sich alle mehrheitlich mit einer solchen Vorgehensweise einverstanden erklärt haben und einer erstmaligen Ausstattung in Höhe von 2,5 Millionen Euro im Finanzausschuss zugestimmt haben. Über die genauen Modalitäten, was denn von der Stiftung gefördert werden soll und die rechtliche Ausgestaltung der Stiftung wird noch ausführlich zu debattieren sein. Gleichzeitig soll aber schon erwähnt werden, dass für unsere Fraktion ein jährlicher Zuwachs in Millionenhöhe notwendig sein wird, damit die angedachten Ziele erreicht werden können.

Hallenbad

Im Dezember 2003 ist hierzu eine Arbeitsgruppe beschlossen worden, die sich Gedanken um eine Attraktivitätssteigerung des Bäderparks, vornehmlich des Hallenbads machen soll. Wir haben schon lange darauf verwiesen, dass der Bestand marode ist, dass hier grundsätzliche Entscheidungen zu treffen sind. Aber auch in diesem Zusammenhang und gerade wegen der Erfahrungen mit dem Hallenprojekt, fordern wir hier genaue Plandaten, exakte Kostenschätzungen und diese nicht nur für eine Renovierung, einen Um- oder einen Neubau, sondern auch für die damit zusammenhängenden Folgekosten. Was wir nicht brauchen, das wollen wir auch gleich sagen, ist ein Spaßbad. Vielmehr sind für uns viele Varianten vorstellbar, Abriss des alten Komplexes und Neubau, Renovierung der bestehenden Einrichtung oder Reduktion auf ein Lehrschwimmbad.

Ökologie

Ein Thema, das uns bewegt, bei dem wir ohne Übertreibung sagen können, hier ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spitze. Kaum eine Entscheidung im Walldorfer GR fällt, ohne dass nicht ein Hinweis zur Verbesserung ökologischer Bedingungen von unserer Fraktion kommt. Wir geben zu, das mag auf der einen Seite penetrant und ätzend sein, aber solange diese Ansichten und Vorstellungen hier nicht bei allen, Gemeinderat wie Verwaltung, in Fleisch und Blut übergegangen sind werden wir sie weiter damit behelligen, mit Solaranlagen, mit der Straßenbahn, mit ökologischen Förderprogrammen, mit Verkehrsverlagerungen, mit dem Umstieg auf ökologische Fortbewegungsmittel. Wir haben in Walldorf insgesamt einiges erreicht, doch zum auf die Schulterschlagen noch viel zu wenig.

Auch im Haushaltsplan 2005 gibt es Förderprogramme, die durch unser Engagement eingerichtet wurden, es gibt öffentliche Gelder für

- die Umstellung von Heizungsanlagen,
- den Bau von Solarthermischen Anlagen,

- Photovoltaikanlagen (und hier die sicher bundesweit seltene kostendeckende Einspeisevergütung für den erzeugten Strom durch die Stadtwerke Walldorf),
- Wärmedämmung für ältere Gebäude,
- Ökologisches Bauen,
- Errichtung von Passivhäusern
- Pelletheizungen
- Grauwasser-Recyclinganlagen

Anträge, die wir in diesem Zusammenhang im Jahr 2005 noch stellen werden:

Eine zentrale Entkalkungsanlage für die Wasserversorgung

Kein Kalk im Wasser bedeutet, der Verbrauch von Waschmitteln ist deutlich geringer. Spülmaschinen, Waschmaschinen leben länger, auch ohne Calgon und Wasser verursacht keine Kalkränder mehr.

Aufstellung eines Förderprogramms für Solartechnik und effizienten Energieeinsatz bei öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Kindergärten, Kirchen

Die Förderprogramme wirken als enormer Beitrag zur Förderung des örtlichen Handwerks, diese Zuschüsse können getrost als bürger – und mittelstandfreundliche Investitionsprogramme bezeichnet werden, die Arbeitsplätze lokal und regional sichern.

Global denken, lokal handeln

Klimaschutz ist eine Herkulesaufgabe und wer die immer neuen Meldungen von Naturkatastrophen verfolgt, muss sich über kurz oder lang fragen, was hat der Mensch alles selbst verschuldet. Wir müssen etwas ändern, dieses Bewusstsein haben alle, doch an der Umsetzung hapert es. Die Einen sind zu bequem, die anderen fühlen sich zu finanziell dazu nicht in der Lage, wieder andere fühlen sich überhaupt nicht zuständig, andere glauben, dass sie schon genug tun. Und dennoch kann jeder seinen individuellen Energieverbrauch, seinen Beitrag zur Umweltverschmutzung, seinen ökologischen Ausgleich noch um ein Vielfaches erhöhen.

Vom Klimaschutzkonzept, das der Gemeinderat auf unseren Antrag beschlossen hat, erwarten wir Anstöße und wollen die folgenden Ziele erreichen:

- Quantifizierung des durch die Stadt Walldorf und seiner Bürgerschaft verursachten Ausstoßes an Treibhausgasen und deren jährliche Fortschreibung
- Berechnung des Anteils der Sektoren Energie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Forst- und Landwirtschaft, Sonstige (z.B. Beschaffungswesen),

- Ermittlung einer Referenzentwicklung für den Fall, dass in diese Entwicklung nicht steuernd eingegriffen wird,
- Aufzeigen von Reduktionspotentialen,
- Empfehlung eines Maßnahmenkataloges zur Reduktion der CO₂-Emissionen.
-

Verkehr

Vorhin haben wir es schon kurz erwähnt, dass für uns eine Straßenbahn nach Heidelberg noch immer machbar ist. In unserem Wahlprogramm 2004 haben wir es so formuliert: Wir sind realistisch und fordern das Unmögliche. Nachdem eine Machbarkeitsstudie vorliegt, die unter bestimmten Prämissen ebenfalls zu positiven Ergebnissen kommt, stellen wir heute abend den Antrag für eine Standardisierte Bewertung 50.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Konkret bedeutet dies, jeder laufende Meter Streckenabschnitt wird untersucht und eine exakte Kostenschätzung vorgenommen. Denn nur dann gibt es verlässliches Zahlenmaterial und eindeutig bezifferbare Kosten und mit einer standardisierten Bewertung kommen wir in die erste Bundesliga der Förderung, bei der vom Bund 60 % der förderfähigen Kosten übernommen werden.

Weiter Anträge zum Thema Verkehr haben wir schon im Finanzausschuss gestellt, unter anderem wollen wir eine **Image- und Werbemaßnahme „Pro Radfahren“** mit dem Ziel mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum Radfahren zu bewegen und damit zur Umwelt- und zur innerstädtischen Verkehrsentslastung beizutragen. Vorschläge für das Motto einer Kampagne: „Mit dem Fahrrad zur Arbeit und zur Schule“ oder „Wiesloch und Walldorf fahren (ein) Rad“; Weitere vorgesehene Maßnahmen: Bau von **Fahrradabstellflächen** für öffentliche Gebäude und städtische Wohngebäude, Co-Finanzierung von Fahrradstellplätzen vor Geschäften um Radfahren attraktiver zu machen, Erstellen eines **Fahrradwegeplanes**; Fahrradreparaturkurse, die z. B. vom JUMP mit einem Radfachgeschäft angeboten werden

Soziale Verantwortung

Die Stadt Walldorf ist durch ihre außerordentlich gute finanzielle Situation in der Lage, viele Angebote im sozialen Bereich machen und anbieten zu können, die es in

Kommunen vergleichbarer Größe nicht gibt. Auf diesen bisherigen Leistungen möchten wir uns nicht ausruhen. Unser Anspruch ist, diese Angebote kontinuierlich auszubauen und zu verbessern. Wir spüren auch die Verpflichtung, den Reichtum der Stadt an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu geben, denn diese Finanzkraft der Stadt schlägt sich auf der anderen Seite durch teure Mieten, hohe Immobilien- und Grundstückspreise, ein insgesamt hohes Kostenniveau in Geschäften und Gaststätten nieder. Als weitere negative Belastung sollen hier nur hohes Verkehrsaufkommen, verbunden mit Lärm, Umweltbelastungen und Zersiedelung und Asphaltierung der Landschaft genannt werden.

Überall dort, wo schon ein hohes Niveau erreicht wurde, gibt es Stagnation. So auch hier in Walldorf, wo jedoch gerade die Untersuchung über die Schulen und Kindergärten gezeigt hat, das Walldorf nicht bedarfsgerecht mit Plätzen für altersentsprechende Kinderbetreuung versorgt ist. Wenn wir schon finanziell so optimal ausgestattet sind, darf unser Blick nicht in die Nachbarschaft gerichtet werden, dort gibt es aufgrund unserer Finanzstruktur keine adäquaten Wettbewerber, er muss dahingehen, wo andere Kommunen wirklich Spitze sind, das muss unsere Vergleichsebene werden.

Stellvertretend für alle Ehrenamtlich Tätigen in Walldorf möchten wir an diesem Punkt ganz besonders den Verein Zipfelmützen erwähnen. Aus dem Wunsch nach Betreuung ihrer Kinder und der Not fehlender Betreuungsplätze für Kleinkinder wurden hier Personen aktiv und haben eine eigene Betreuungseinrichtung geschaffen. Das sind beispielhafte Initiativen, die besonders zu würdigen sind. Nicht vergessen wollen wir dabei die Unterstützung durch die Verwaltung, die natürlich notwendig war, um die Idee real werden zu lassen.

Versorgung alter Menschen

Diese Aussage trifft auch für die Altenbetreuung in Walldorf zu. Auch hier ist der Bedarf nach Pflegeplätzen und nach Plätzen im Betreuten Wohnen höher als das Angebot. Die Wartelisten unserer Einrichtungen belegen dies. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf, jedoch nicht nur in den bisher genannten, konventionellen Bereichen, nein auch alternative Wohnformen für alte und behinderte Menschen müssen angedacht werden. Die Öffentlichkeitsarbeit für den Umbau von Wohnungen in alten- und behindertengerechte Wohnungen wird hier schmerzlich vermisst.

Nachdem das Pflegeheim Astorstift, die stationäre Einrichtung, teilweise keine Defizite mehr erwirtschaftet, hatte man sich schon darauf eingestellt, in ein ruhiges Fahrwasser bei dieser Institution zu kommen. Kaum zu Ende gedacht, gab es wieder Aufstände, weil der Leiter der Einrichtung mit einem dilettantischen Schreiben eine Erhöhung der Pflegeentgelte ankündigte und damit Bewohner und Angehörige verprellte. Der Gemeinderat sah sich gezwungen diese inkompetente Handlung abzumildern, die Erhöhung als einmalige Leistung für einen Monat zu übernehmen,

wer außer Walldorf kann dies und der Bürgermeister entschuldigte sich vielmals für den Affront. Weiter passierte nichts. Bei den großzügigen finanziellen Transferleistungen, die von der Stadt Jahr für Jahr an die Einrichtung gehen, muss von der Leitung dort professionelles Verhalten eingefordert werden oder es sind Konsequenzen zu ziehen.

Ganz zum Schluss möchten wir noch drei Punkte erwähnen, die uns für die Zukunft sehr am Herzen liegen und wo wir einiges erwarten:

1. Walldorfs öffentliche Plätze müssen zukünftig anders gestaltet werden. Der Rathausvorplatz, der Marktplatz, der Platz bei der evangelischen Kirche - aus verkehrstechnischer Sicht eine absolute Fehlplanung, und der neue Platz am Einkaufszentrum, wer kam übrigens auf den unpassenden Namen Nahversorgungszentrum, diese öffentlichen Plätze können in Anspruch nehmen, steril, kalt und tot zu wirken. Wärme, Leben und Freundlichkeit wurden hier vergessen.
2. Wir möchten eine Diskussion über ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden. Wir halten es heute für nicht mehr hinnehmbar, dass Menschen zum Passivrauchen gezwungen sind. Zu rauchen ist eine persönliche Entscheidung, die andere nicht beeinträchtigen darf. Es kann z.B. nicht sein, dass hier im Rathaus im Bereich des Bürgerbüros oder in Büros mit Kundenkontakt geraucht wird.
3. Mit der Änderung bei der Leitung der Stadtwerke Walldorf erhoffen wir uns neue Impulse für ökologische Themen und Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung.

Das war unsere Stellungnahme zum Haushalt des Jahres 2005. Wir schließen uns den Vorrednern an und danken den Bürgern und Steuerzahlern für ihre Leistungen, dem Kämmerer für das gewohnt ordentliche Zahlenwerk und natürlich stimmen wir diesem Haushaltsplan für 2005 zu, da wir viele unserer Forderungen und politischen Vorstellungen dort verwirklichen konnten.